Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Treiben die westlichen Siegesillusionen die Ukraine in den Zusammenbruch?
2. „Ohne die Regeln des Krieges verlieren wir alle.“
3. Westjordanland: Hügeljugend im Häuserkampf
4. Renteneintrittsalter: 45 Beitragsjahre müssen genug sein
5. Arbeitskosten: Deutschland fällt um zwei Plätze zurück auf Position sieben in der EU – fünftniedrigster Anstieg unter 27 Staaten
6. Staatliche Investitionen stabilisieren Wirtschaft im Euroraum deutlich wirksamer als Steuersenkungen
7. Der Kahlschlag mit System: Stellenabbau in der Autoindustrie
8. Konjunktur: Investitionsbooster der Regierung wirkt bislang kaum
9. Wer zahlt für die europäischen Ernteausfälle?
10. Iranischer Außenminister warnt USA vor „Fehleinschätzung“ von Lage in Straße von Hormus
11. EU-Emissionshandel als Zielscheibe von Industrievertretern
12. Ceuta: Die wahre Grenze verläuft in Köpfen
13. Suizidversuche und psychische Belastungen: Alarmierende Zustände auf US-Flugzeugträger – Seeleute wollten ins Meer springen
14. Die Modellrechner und ihre Horrorprognosen
15. Immer mehr Schrottteile aus dem Weltall stürzen auf die Erde

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Treiben die westlichen Siegesillusionen die Ukraine in den Zusammenbruch?**
   Der konflikterfahrene ehemalige UN-Diplomat Michael von der Schulenburg mahnt den Westen, sich auf eine ukrainische Niederlage vorzubereiten. Ein Gastbeitrag. […]
   Putin werde als Verlierer an den Verhandlungstisch gezwungen – zu den Bedingungen der europäischen Nato-Staaten, was einer russischen Niederlage gleichkäme. Die Politik, die Ukraine militärisch, politisch und finanziell massiv zu unterstützen, gleichzeitig aber jegliche Gespräche zu verweigern, bis Russland „in die Knie gezwungen“ ist, schien aufzugehen.
   Doch ist das so? Oder hat sich das Blatt in Wirklichkeit sogar zugunsten Russlands gewendet?
   Auffällig ist, dass seit den ersten Augusttagen kaum noch Berichte über den Kriegsverlauf erscheinen. Die Siegesmeldungen sind weitgehend verstummt. Gleichzeitig mehren sich, aus den USA und auch aus der Ukraine selbst, die Zweifel am Erfolg des Drohnenkriegs im russischen Hinterland.
   Man muss nur auf die Warnungen des Generals (und derzeitigen ukrainischen Botschafters in London) Walerij Saluschnyj hören: Der Drohnenkrieg sei wenig erfolgreich und viel zu teuer. Als ehemaliger Oberkommandierender der ukrainischen Streitkräfte sollte er es wissen. Nach Angaben der proukrainischen Kriegsbeobachter Dron-Bomber erzielen die Russen inzwischen eine hohe Rate an Abschüssen ukrainischer Drohnen. Die Absetzung des ukrainischen Verteidigungsministers Mychajlo Fedorow dürfte ebenfalls mit dem sich abzeichnenden Scheitern des Drohnenkriegs zusammenhängen.
   Quelle 1: Berliner Zeitung (Bezahlschranke)
   Quelle 2: archive.is
2. **„Ohne die Regeln des Krieges verlieren wir alle.“**
   Auch wo Krieg geführt wird, sollten gewisse Regeln eingehalten werden – so der Wunsch des Internationalen Strafgerichtshofs I.C.C. in Den Haag. Zum Beispiel der Schutz der Zivilisten. Die gegenwärtigen Kriege, man denke vor allem an das Vorgehen Israels im Gaza-Streifen, lassen wenig davon erkennen … Ein paar Anmerkungen dazu von unserem Kolumnisten Patrick Lawrence aus den USA.
   Zunächst einmal sind alle Zionisten Extremisten. Unzählige von ihnen haben unzählige Male das Argument vorgebracht, dass Israel nur an die Bibel gebunden sei und damit das staatliche Recht durch religiöses Recht ersetzt. Nach jedem ernsthaften Geschichtsverständnis ist dies ein radikaler Rückschritt in die Vormoderne.
   Quelle: Globalbridge
3. **Westjordanland: Hügeljugend im Häuserkampf**
   Seit mehreren Tagen terrorisieren israelische Siedler den Hauskomplex von Familie Hassan. Das israelische Militär soll die Belagerung räumen – eigentlich.

Zwischen Olivenbäumen, auf einer kargen Ebene in der sengenden Mittagssonne, steht Abdelkarim Hassan. Der Mann im karierten Hemd schaut nachdenklich auf drei Häuser auf dem Hügel gegenüber. Neben ihm brutzelt ein silberner Peugeot-Kombi in der Sonne.
Vor den Gebäuden steht eine Gruppe junger Männer mit Hoodies, Kippot und Schlabberjeans: israelische Siedler. Einige Meter weiter eine Gruppe israelischer Soldat:innen in olivgrüner Vollmontur, weiter hinten zwei Militärfahrzeuge. Auf der Hausmauer sitzt ein Dutzend Jungs – auch sie Siedler – plaudern, schwingen die Beine in die Luft. Niemand hier weiß, was in den nächsten Minuten passieren wird.
Quelle: taz

4. **Renteneintrittsalter: 45 Beitragsjahre müssen genug sein**
In die Debatte um die Rentenreform kommt allmählich Bewegung. Nachdem sich mehrere ostdeutsche Ministerpräsident*innen für den Erhalt der „Rente mit 63“ – korrekt müsste es abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren heißen – ausgesprochen haben, hat sich nun auch Niedersachsens Regierungschef Olaf Lies für deren Beibehaltung
stark gemacht. Schließlich geht es hierbei um eine Anerkennung der Erwerbsbiografien derjenigen, die die meisten Versichertenjahre auf dem Buckel haben. Ihrem Gerechtigkeitsempfinden muss dementsprechend Rechnung getragen werden.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht
5. **Arbeitskosten: Deutschland fällt um zwei Plätze zurück auf Position sieben in der EU – fünftniedrigster Anstieg unter 27 Staaten**
Die Lohnstückkosten der deutschen Wirtschaft sind im Zuge der durch den russischen Krieg gegen die Ukraine, die chinesische Subventionspolitik, die chaotischen US-Zolleskalationen und zuletzt den Krieg gegen den Iran ausgelösten Energie- und Nachfragekrise seit 2023 deutlich stärker gestiegen als in den Jahren zuvor. Auf längere Sicht, seit dem Jahr 2000, liegt die deutsche Lohnstückkostenentwicklung mit 1,9 Prozent im Jahresdurchschnitt aber trotzdem noch knapp unter dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank und ist somit für den Gesamtzeitraum stabilitätskonform. Zudem haben die stärkeren Zuwächse der vergangenen Jahre weitaus mehr mit einer schwachen Produktivitätsentwicklung in Deutschland zu tun als mit den Arbeitskosten. Das ergibt eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.
Quelle: Hans Böckler Stiftung
6. **Staatliche Investitionen stabilisieren Wirtschaft im Euroraum deutlich wirksamer als Steuersenkungen**
Gemeinsame Geldpolitik im Euroraum erhöht Wirksamkeit nationaler Staatsausgaben

– Öffentliche Investitionen und Staatskonsum kurbeln Wirtschaft deutlich stärker an als Steuersenkungen – Kurzfristige Stabilisierungsvorteile müssen gegen Risiken für Staatsfinanzen und langfristiges Wachstum abgewogen werden
Öffentliche Investitionen und Staatskonsum stabilisieren die Wirtschaft eines Mitgliedslandes des Euroraums kurzfristig deutlich stärker als Steuersenkungen. Das zeigt eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Die gemeinsame Geldpolitik im Euroraum verstärkt die positiven Effekte fiskalischer Maßnahmen einzelner Länder. Für ihre Untersuchung kombinieren die Studienautoren Gökhan Ider und Malte Rieth aus der Abteilung Makroökonomie ein Modell für eine typische Volkswirtschaft des Euroraums mit empirischen Analysen der Mitgliedstaaten auf Basis von Eurostat-Daten. Das Ergebnis: Jeder zusätzliche Euro an staatlichen Ausgaben erhöht das Bruttoinlandsprodukt demnach im ersten Jahr um bis zu 1,30 Euro. Steuersenkungen erzielen dagegen lediglich einen Effekt von bis zu 40 Cent je Euro.
Quelle: DIW

7. **Der Kahlschlag mit System: Stellenabbau in der Autoindustrie**
Alle großen deutschen Autokonzerne und ihre Töchter – Volkswagen, Porsche, Mercedes-Benz, BMW und die deutschen Stellantis-Werke – bauen gleichzeitig Arbeitsplätze ab.
Volkswagen hat mit Betriebsrat und IG Metall den Abbau von 35.000 Stellen bis 2030 vereinbart und verhandelt über bis zu 100.000 weitere Stellen weltweit. Zudem laufen die Absprachen über mögliche Werksschließungen in Hannover, Emden, Zwickau und Neckarsulm weiter. Dass ausgerechnet das E-Auto-Werk Zwickau, erst vor wenigen Jahren als Vorzeigeprojekt der Transformation gefeiert, nun zur Disposition steht, zeigt, wie schnell aus dem angeblichen „Zukunftsstandort“ wieder bloße Manövriermasse des Konzerns wird. Was der Vorstand als „sozialverträglichen Umbau“ verkauft, bedeutet für die Betroffenen den schlichten Verlust ihrer Existenzgrundlage – Kapitalbereinigung im Gewand der Sozialpartnerschaft. […]
Insgesamt hat die deutsche Industrie 2025 rund 124.000 Arbeitsplätze verloren,
Der Branchenverband VDA rechnet inzwischen mit einem Verlust von 225.000 Arbeitsplätzen bis 2035.
Das klingt in Summe nicht sozial und ist vor allem eines: die Übersetzung der Profitkrise in individualisierte Verzichtsangebote, bei denen am Ende Tausende Lohnabhängige weniger von ihrer Arbeit leben können als vorher. Der Angriff auf die Beschäftigten ist längst zu einem Dauerzustand geworden.
Quelle: etos.media

8. **Konjunktur: Investitionsbooster der Regierung wirkt bislang kaum**
Mit neuen Abschreibungsregeln wollte die Bundesregierung die Unternehmen zum

Investieren bewegen und die Wirtschaft ankurbeln. Doch das Ergebnis ist bescheiden – und Besserung nicht in Sicht.
Nicht weniger als ein „Booster“ sollte es sein. Deutschland werde wieder „fit für die Zukunft“, schwärmte Kanzler Friedrich Merz (CDU) im Sommer 2025 nach Verabschiedung des „Investitionsboosters“. Doch nach einem Jahr kann von „Boost“, von einem Wirtschaftsimpuls bisher keine Rede sein.
Die seit Jahren schwachen Investitionen von Unternehmen kamen auch durch die neuen „Super-Abschreibungen“ bisher nicht in Gang – was nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Kanzler ein Problem ist.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die Abschreibungsregeln waren ein milliardenteures Unternehmersteuergeschenk, dem man aus Marketinggründen Zauberkräfte angedichtet und einen gut klingenden Namen gegeben hat – so wie bei allen milliardenteuren Unternehmersteuergeschenken der letzten 40 Jahre. Die Behauptung, dass Unternehmen nach Steuersenkungen mehr investierten, stimmt nie, hat nie gestimmt und wird nie stimmen. Heutzutage ist das besonders klar, weil den Unternehmen überall die Nachfrage fehlt, im Inland und im Ausland; also warum sollten sie investieren? Angebotsseitige Maßnahmen können per Definition keine Lösungen für nachfrageseitige Probleme bieten.*

9. **Wer zahlt für die europäischen Ernteausfälle?**
In der EU wird es in diesem Jahr zu spürbaren Ernteausfällen kommen, die teilweise selbstverschuldet sind und dazu führen dürften, dass die EU von einem Exporteur von Lebensmitteln zu einem Importeur wird. Das wird zu steigenden Preisen in Europa und zu mehr Hunger in der Welt führen.
Die Medien werden die Dürre in Europa für die Ernteausfälle verantwortlich machen. Allerdings ist das nur die halbe Wahrheit, denn die Krise der europäischen Nahrungsmittelproduktion hat weit mehr Gründe, die die EU selbst verschuldet hat. Neben der ideologisch bedingten verfehlten Landwirtschaftspolitik sind das auch die Russland-Sanktionen, die gleich mehrfache Wirkung haben.
Quelle: Anti-Spiegel

dazu: **Bauernverband geht von erheblichen Ernteausfällen aus**
Aufgrund der anhaltenden Trockenheit erwartet der Deutsche Bauernverband in diesem Jahr deutliche Ernteeinbußen. »Wir gehen von einer unterdurchschnittlichen Ernte bei Getreide, hier insbesondere beim Weizen, und bei Raps aus«, sagte Verbandspräsident Joachim Rukwied dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Auch für Herbstkulturen wie Kartoffeln, Gemüse, Zuckerrüben oder Körnermais sei die

Prognose besorgniserregend.
»In südlichen Teilen Deutschlands könnte das bis zum totalen Ertragsausfall gehen«, sagte Rukwied. Etwas besser ist es demnach in nördlichen Regionen, wo es immer wieder etwas geregnet hat. Dort sähen die Bestände noch akzeptabel aus. In der Tendenz werde es aber auch da unterdurchschnittliche Ernten geben.
Quelle: Zeit Online

10. **Iranischer Außenminister warnt USA vor „Fehleinschätzung" von Lage in Straße von Hormus**
Der iranische Außenminister Seyed Abbas Araghtschi hat die Vereinigten Staaten davor gewarnt, aufgrund „gefälschter Geheimdienstinformationen" eine „große Fehleinschätzung" hinsichtlich der Straße von Hormus vorzunehmen.
Araghtschi veröffentlichte die Warnung am Donnerstag in einem Beitrag auf der Social-Media-Plattform X, einen Tag nachdem US-Präsident Donald Trump in den sozialen Medien behauptet hatte, die Vereinigten Staaten hätten die „vollständige Kontrolle" über die Straße von Hormus.
Der iranische Außenminister erklärte: „Die USA haben sich aufgrund von Geheimdienstfehlern schon lange verrechnet. Ein typisches Beispiel dafür ist der Krieg gegen den Iran. Nun droht eine noch größere Fehleinschätzung in Bezug auf die Straße von Hormus."
Die iranische Behörde für die Meerenge am Persischen Golf (PGSA), die für den Schiffsverkehr in der Straße von Hormus zuständig ist, hat Behauptungen von US-Beamten zurückgewiesen, wonach die Wasserstraße offen sei.
Quelle: CRI online
11. **EU-Emissionshandel als Zielscheibe von Industrievertretern**
Mit dem EU-Klimagesetz haben sich die EU-Mitgliedsstaaten 2021 das verbindliche Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 Klimaneutralität zu erreichen, also netto keine Treibhausgase mehr auszustoßen. Ein Kernstück dabei ist das System des Emissionshandels (EU-ETS). Doch dieser kommt immer mehr unter Druck. Dahinter steckt die Industrie, da sie ihre Emissionen nicht rasch genug senkt.
Große Industrieanlagen und kalorische Kraftwerke sind für knapp 40 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich. Das System des EU-Emissionshandels (EU-ETS) trägt zum Klimaschutz bei, indem es die Gesamtmenge dieser Emissionen begrenzt und diese Grenze von Jahr zu Jahr senkt. Nach dem derzeit geltenden Recht sollen die Emissionen der ETS-Anlagen bis 2040 auf null gesenkt werden. Die restlichen Emissionen – aus dem Verkehr, der Landwirtschaft, der Raumwärme etc. – sollen dann bis 2050 netto null erreichen.
Die Kommission schlägt nun allerdings vor, dass die Schritte, um die die

Emissionsgrenze jedes Jahr verringert wird, viel kleiner sein sollen als bisher geplant. Damit wird das Jahr, ab dem die Industrie keine neuen Zertifikate mehr bekommt, weit nach hinten geschoben: Statt 2040 würden die Zertifikate für die Industrie erst 2050 auslaufen.
Quelle: A&W blog

12. **Ceuta: Die wahre Grenze verläuft in Köpfen**
Zwischen dem 30. Juli und dem 2. August 2026 erreichten nach Angaben spanischer Behörden rund 50.000 Menschen Ceuta. Eine spanische Stadt an der nordafrikanischen Mittelmeerküste. Die Stadt gehört politisch zu Spanien, liegt aber geografisch in Marokko.
Innerhalb von 48 Stunden kehrte nach Behördenangaben der Großteil dieser Menschen wieder nach Marokko zurück. Mehr als 48.000 Menschen sollen die Grenze erneut passiert haben. Die Rückkehr erfolgte unter Druck spanischer und marokkanischer Behörden.
Mindestens 72 Menschen verloren bei dem Versuch, Ceuta zu erreichen, ihr Leben. Viele ertranken beim Überqueren des Wassers, andere starben beim Versuch, die Grenzanlagen zu überwinden. Unter den in Ceuta verbliebenen Menschen befanden sich nach Behörden Angaben rund 860 unbegleitete Minderjährige.
Quelle: etos.media
13. **Suizidversuche und psychische Belastungen: Alarmierende Zustände auf US-Flugzeugträger – Seeleute wollten ins Meer springen**
Schlechtes Essen, defekte Sanitäranlagen und psychische Krisen: Nachdem sich die Lage an Bord der USS Abraham Lincoln zuspitzte, soll das Schiff nun endlich den Persischen Golf verlassen.
Laut Berichten in mehreren Hausmedien des US-Militärs kommt es auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln zu einer sich verschärfenden Krise. Die Besatzung von 5000 Seeleuten und Marineinfanteristen befindet sich im neunten Monat auf See und hat 250 Tage am Stück ohne Landgang verbracht – ein Rekord für einen Flugzeugträger in der jüngeren Geschichte.
Laut „Navy Times“ und „Stars and Stripes“ haben mehrere Besatzungsmitglieder aufgrund schlechter Bedingungen und psychischer Belastungen bereits versucht, in Suizidabsicht über Bord zu springen. Auch der „Guardian“ berichtete.
Quelle: Tagesspiegel
14. **Die Modellrechner und ihre Horrorprognosen**
Modellierer sagten zu Pandemiebeginn Zehntausende Corona-Tote für die Schweiz voraus. Sie lagen schon früher oft daneben. […]
Modellierer versuchen, im Computer die Welt abzubilden. In dieser mathematischen Modellwelt sagen sie den Verlauf einer Pandemie voraus und können Szenarien

durchspielen. Für ihre Berechnungen müssen die Modellierer jedoch Annahmen treffen. Liegen diese daneben, sind auch ihre Schlüsse falsch. Das war in der Vergangenheit mehrmals passiert.
Quelle: Infosperber

15. **Immer mehr Schrottteile aus dem Weltall stürzen auf die Erde**
Die meisten Teile verglühen in der Atmosphäre. Doch immer mehr schlagen auf der Erde auf – glühend und teilweise tonnenschwer.
Im Jahr 2024 stürzte ein feuriges Stück Metall in der Nähe eines Dorfes in Kenia in einen Acker. Es war ein riesiger, schwerer und glühend heisser Ring. Nachdem er sich abgekühlt hatte, war klar: Es war ein Ring, der einst Teile einer Rakete miteinander verbunden hatte.
Das Risiko, dass menschlicher Müll aus dem Weltall auf der Erde einschlägt, nimmt zu.
Quelle: Infosperber